

# Heute

**WAHLKREISINFO**  
DER BUNDESTAGSABGEORDNETEN  
**KATRIN WERNER**

## **FLÜCHTLINGSPOLITIK IM FOKUS**

**Liebe Leserinnen und Leser,**

**im November 2010 besuchte Katrin Werner das Abschiebegefängnis in Ingelheim. Wie Schwerverbrecher warten die Flüchtlinge dort auf ihre Abschiebung. Die Eindrücke in Ingelheim ließen Katrin Werner nicht los, weswegen die aktuelle Ausgabe des Wahlkreisinfos die repressive und menschenverachtende Asyl- und Flüchtlingspolitik der rheinland-pfälzischen Landesregierung thematisiert.**

Auch der gemeinsame Neujahrsempfang der Bundestagsabgeordneten, des Kreisverbandes der LINKEN in Trier und der Jenny-Marx-Gesellschaft stand ganz im Zeichen der Asyl- und Flüchtlingspolitik. Der Hauptredner des Abends Fabian Jellonek vom Multikulturellen Zentrum griff in seinem Vortrag die sozialdemokratische Landesregierung an und warf ihr vor, mit dem Abschiebegefängnis die Flüchtlinge, aber nicht die Fluchtursachen zu bekämpfen. Auszüge aus seiner Rede sowie ein Artikel von Antje Stiebitz (Neues Deutschland) sind nachfolgend abgedruckt. Um die hoffnungslose Situation der Flüchtlinge auch bildlich zu verdeutlichen, ist die Wanderausstellung „Innenansichten: Bilder aus der Abschiebungshaft in Ingelheim“ bis zum 04. Februar 2011 im Wahlkreisbüro zu sehen.



## „HERR INNENMINISTER, SCHÄMEN SIE SICH!“

Rede von Fabian Jellonek

**Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, die SPD hatte bei ihrem Neujahrsempfang Manuela Schwesig, die FDP ihren Generalsekretär Christian Lindner. DIE LINKE hat sich mit Mir einen unbekanntem Studenten eingeladen. Ich erkenne darin einen guten Vorsatz für das junge Jahr: 2011 geht es hier nicht um Personen, sondern um relevante Sachpolitik. Ich möchte mich bei Katrin Werner für die Einladung bedanken. Ich fühle mich wirklich geehrt heute zu ihnen sprechen zu dürfen.**

Ich möchte Katrin Werner aber auch dafür danken, dass sie ihren Neujahrsempfang dem Thema Asylpolitik widmet. Ich habe eben gesagt es geht um relevante Sachpolitik. Die Asylpolitik ist leider ein Thema, dessen Bedeutung nach wie vor und ausgerechnet in Trier immer noch unterschätzt wird. In diesem Büro der LNKEN, das will ich ganz dringend festhalten, wurde im letzten Jahr mit viel Leidenschaft und Engagement für Flüchtlingsrechte gekämpft. Ich will mich an dieser Stelle bei Ulrike Stumm und Marc-Bernhard Gleißner für deren Einsatz beim Trierer Appell und die gute Zusammenarbeit im Beirat für Migration und Integration bedanken. Trier ist neben Ingelheim, wo der

Abschiebeknast steht, in dem es in der heute eröffneten Ausstellung geht, und dem Kosovo der Ort, an dem die Asylpolitik der SPD-Landesregierung greifbar wird.

Fangen wir mit Ingelheim an. In Ingelheim steht der Abschiebeknast für Rheinland-Pfalz und das Saarland. Ein Hochsicherheitsgefängnis, geschaffen für Menschen, deren einziges Vergehen darin besteht, dass sie am Reichtum Europas, auf den unsereins von Geburt an Zugriff hat, teilhaben wollten. Zum Vergleich, auch wenn er hinkt: Beim Prozess gegen Safet Babic wurde ein Mitangeklagter freigesprochen. Dieser bekannte Neonazi ist bereits mehrfach wegen Gewaltverbrechen verurteilt worden. In den Knast musste er trotzdem nie. Viermal wurde seine Strafe auf Bewährung ausgesetzt. Justitia mag blind sein – Nachsicht kennt sie in Deutschland allerdings gegenüber Flüchtlingen kaum. Das klingt polarisierend. Tatsächlich haben Asylbewerber jedoch kaum Chancen, wenn sie vor Gericht gegen ihre Abschiebung vorgehen.

Abschiebungen werden von der Politik als alternativlose Antwort und einziger Problemlösungsansatz verkauft.

# WAHLKREISINFO



Meine Damen und Herren, ich kämpfe seit 2007 für die Rechte von Flüchtlingen und habe viele Menschen kennen gelernt, die diesen Kampf seit bald zwei Jahrzehnten führen. Niemand konnte mir von einer Abschiebung berichten, die irgendein Problem gelöst hätte. Für die Betroffenen bedeutet eine Abschiebung, dass sie aus ihrem Leben in Deutschland gerissen werden und in die prekäre Lebensrealität ihrer Heimat gezwängt werden. Und was bedeuten Abschiebungen für uns? Abschiebungen bekämpfen keine Fluchtursachen. Sie bedeuten häufig den Verlust großartiger Menschen.

Kommen wir zu unserer nächsten Station auf der Reise durch die Asylpolitik von Rheinland-Pfalz. In Trier steht das Ausreisezentrum. Und es steht, nicht erst seit es in Trier steht, sondern in seiner gesamten zehnjährigen Geschichte in der Kritik. Das Ausreisezentrum konnte in zehn Jahren gerade einmal 39 Menschen zur so genannten freiwilligen Ausreise bewegen. Demgegenüber stehen etwa 130 Menschen, von denen niemand sagen kann, was mit ihnen passiert ist.

Wir müssen befürchten, dass diese Leute inzwischen in der Illegalität leben. Das heißt ohne alle Rechte, ohne Gesundheitsversorgung, ohne Unterstützung bei Alter und Krankheit. Das heißt auch lebenslang arbeiten für ausbeuterischen Lohn und im informellen Sektor. Das heißt leider auch

Prostitution und Kriminalität. Die SPD-Landesregierung nimmt diese Zustände in Kauf anstatt endlich zuzugeben, dass das in Rheinland-Pfalz erfundene Modellprojekt „Ausreisezentrum“ längst gescheitert ist.

Meine Damen und Herren, die Sozialdemokraten sind verantwortlich für diesen Mist, für diese Entrechtung und Unterdrückung von Flüchtlingen. Die Tatsache, dass es in RLP keine linke Opposition im Parlament gibt, sorgt dafür, dass diese Zustände nicht an die Öffentlichkeit geraten. Und deshalb wünsche ich mir, dass bei den Landtagswahlen endlich eine Opposition entsteht, für die die Entrechtung von Flüchtlingen im Trierer Ausreisezentrum genauso skandalös ist wie lahmende Achterbahnen am Nürburgring. Diese SPD, diesen Innenminister darf man nicht länger unbeobachtet lassen! Und ich fürchte nach den Erfahrungen von Rot-Grün auf Bundesebene wird auch dieser möglichen Koalition eine linke Opposition gut tun, die ihr Beine macht!

In Trier haben wir versucht als außerparlamentarische Opposition das Ausreisezentrum zu schließen. Wir sind damit leider bisher gescheitert. Wir wurden während unserer Kampagne immer wieder ermahnt: Macht den Flüchtlingen keine falschen Hoffnungen, das wird sowieso nichts. Meine Antwort auf diese Zweifler: In der jahrtausendalten Bewegung für die Würde des Menschen war nie etwas falsch daran, wenn Menschen

# WAHLKREISINFO



für ihre Rechte gekämpft haben und ohne Hoffnung auf Erfolg wären unsere heutigen Demokratien nie zustande gekommen. Und deshalb appelliere ich an alle Beteiligten des letzten Jahres: Gebt die Hoffnung nicht auf, gemeinsam wird es uns gelingen das Ausreisezentrum zu schließen!

Kommen wir zur letzten, vielleicht für einige überraschende Station der Asylpolitik von Rheinland-Pfalz: dem Kosovo. Im Kosovo betreibt die Diakonie auf Wunsch der Landesregierung und mit Landesmitteln finanziert ein Büro. Von diesem Büro aus soll die Wiedereingliederung von Rückkehrern in ihre Heimat erleichtert werden.

Was heißt das tatsächlich? Nun Rückkehrer sind in aller Regel Menschen, die die Wahl hatten zwischen Abschiebung in Handschellen oder Abschiebung ohne Handschellen, dafür mit Handgeld, genannt „freiwillige Rückkehr“. Mit freiem Willen hat all das gar nichts tun. Und Heimat ist auch längst nicht immer Heimat – in den Kosovo werden auch Kinder abgeschoben, die in Deutschland geboren wurden. Die Wiedereingliederungsmaßnahmen beschränken sich in erster Linie auf Abholung vom Flughafen und Betreuung in den ersten Tagen.

Dieses Rückkehr-Programm lässt sich die Landesregierung ein Heidengeld kosten. Die Fördersummen belaufen sich in zweistelliger Millionenhöhe. Ich habe mal gehört, dass dieses Programm teurer sei als sämtliche

Maßnahmen der Integration in RLP zusammen. Was wurde mit dem Geld erreicht? In erster Linie wurde nur ein neues Etikett geschaffen für die alte Leier von der Abschiebung. Das Rückkehr-Programm ist das moralische Feigenblatt unserer Landesregierung. Man schmückt sich durch die Zusammenarbeit mit der Diakonie und verändert für die Betroffenen doch kaum etwas. Dieses Prinzip des Kaschierens, der Beschönigung, der neuen Namen für alt bekannte Instrumente der Ausgrenzung ist es, welches die Asylpolitik der Landesregierung kennzeichnet.

Und wenn diese Fassade des schönen Scheins in sich zusammenfällt, wie jüngst, als der tragische Tod einer Familienmutter nach deren Abschiebung aus Rheinland-Pfalz bekannt wurde, dann schweigt unser Innenminister.

Er schweigt, obwohl die Abschiebung verhindert worden wäre, wenn Karl Peter Bruch so schnell gehandelt hätte wie seine Amtskollegen in anderen Bundesländern. Nach den neuen Bleiberechtsregeln hätte die Familie nicht abgeschoben werden dürfen. Rheinland-Pfalz hat für die Umsetzung allerdings länger gebraucht als andere Länder. Herr Innenminister, schämen Sie sich! Es gibt nur noch eine Erklärung für die desaströse Asylpolitik in RLP, mit der Karl Peter Bruch Anstand zeigen kann: Wenn er seinen Rücktritt erklärt!





# BAUSTEIN DER ABSCHRECKUNGSPOLITIK

## Ein Besuch im Abschiebungsgefängnis Ingelheim

von Antje Stiebitz

**Hinter Betonmauern und Gittern wird in der rheinland-pfälzischen Gewahrsamseinrichtung Ingelheim Paragraf 62 des Aufenthaltsgesetzes vollzogen: Ausreisepflichtige Flüchtlinge werden inhaftiert, damit sie sich ihrer Abschiebung nicht entziehen können. Menschen, die eigentlich Zuflucht gesucht haben, geraten durch Restriktionen noch stärker unter Druck.**



Sicherheitsvorkehrungen wie für Schwerverbrecher: Abschiebungsgefängnis Ingelheim.  
Foto: DWHN/Frey

Die Gewahrsamsanstalt Ingelheim gleicht einer Festung. Fünf Meter hohe Betonmauern und NATO-Stacheldraht. Katrin Werner, für die LINKE im Bundestagsausschuss für

Menschenrechte und humanitäre Hilfe, wollte mit eigenen Augen sehen, wie ausreisepflichtige Flüchtlinge untergebracht werden. Das rheinland-pfälzische Innenministerium und die Gefängnisleitung geben Einblicke. Fotografieren und Gespräche mit Insassen sind allerdings unerwünscht. Im Inneren des Hochsicherheitstraktes gibt es wenig, woran sich das Auge festhalten könnte: spiegelglatte Flure, kahle Zimmerwände. Zwei Personen teilen sich eine Zelle, ein Doppelstockbett, den Wasserkocher, ein Sideboard, internationales Satellitenfernsehen, ein Waschbecken und die Toilette. Wenn die schweren Türen die kleinen Zellen für die Nacht wie Tresore verschließen, bescheint Neonlicht die Not der Eingeschlossenen.

### »Wir sind hier nur das Hotel«

»Es beschäftigt die Menschen, wenn sie hier Bindungen hinterlassen.« Ein Sozialarbeiter erinnert sich an einen abgeschobenen Libanesen, der eine deutsche Frau zurücklassen musste. In der Haft komme es zu einer »Konzentration von Problematik«, erklärt er technokratisch. Vor allem in der ersten Zeit gebe es da Schwierigkeiten, aber dann schalte man den medizinischen Dienst oder bei Haftunfähigkeit die Psychiatrie ein. »Die Haft macht krank«,

## WAHLKREISINFO



kommentiert Marie Weber, Asylreferentin für Amnesty International Wiesbaden. »In der ersten Woche werden die Flüchtlinge in Einzelhaft gehalten, um festzustellen, ob sie kooperieren.« Werden sie in ihrer Verzweiflung autoaggressiv oder greifen andere an, werden sie in einen separaten Raum gesperrt: Bis auf eine Matratze und die in den Boden eingelassene Toilette, deren Spülung anspringt, sobald man sich ihr nähert, gibt es hier nur noch Gitter am Fenster. Und die Gewissheit, dass das Leben in Deutschland beendet ist.

36 Tage betrage die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Betroffenen in der Gewahrsamseinrichtung, erklärt Sigrid Reichle vom rheinland-pfälzischen Innenministerium, Referat 312, zuständig für Migrantenaufnahme, Rückkehr und nationale Minderheiten. Im Höchstfall dauere die Abschiebehaft 18 Monate. 300 bis 400 Menschen durchlaufen jährlich die Anstalt. Von 152 Plätzen ist gerade knapp ein Drittel belegt.

»Flucht ist männlich geprägt und der Durchschnitt ist jung«, weiß Sigrid Reichle. Die Frage nach der Herkunft der Insassen kann sie aber nur vage beantworten: »Türkei, Algerien – die Klientel wechselt ständig.« Werde auf der Autobahn beispielsweise ein Auto angehalten, hätten sie eben plötzlich zehn Chinesen. Das widerspricht allerdings der Aussage, dass bei den Eingelieferten bereits alle rechtlichen Mittel zur Erlangung eines Bleiberechts ausgeschöpft seien. Die Auf-

gabe der Anstalt ist für Sigrid Reichle klar umrissen. Hier wisse man weder, warum die Menschen eingewiesen werden, noch wohin sie gelangen sollen. »Wir bekommen den Haftbeschluss und vollziehen. Wir sind hier nur das Hotel.« Und sie beginnt die Bedingungen des »Hotels« zu erklären. Um sieben Uhr wird geweckt. Dreimal am Tag ist Umschluss, was bedeutet, dass sich die Insassen mit anderen Gefangenen einschließen lassen können. Beim Freigang können die Häftlinge im »Käfig« – ein massiv eingezäuntes Areal im Innenhof des Gefängnis Komplexes – Luft schnappen. Gemeinnützige Arbeit bietet den Insassen einen minimalen finanziellen Verdienst: Für Streichen, einen Umbau oder Gartenarbeiten gibt es 1,02 Euro pro Stunde. Nicht viel, bedenkt man, dass die deutschen Behörden von den Flüchtlingen die Rückzahlung der Kosten für den Haftaufenthalt und die Abschiebung verlangen. Nach dem Verlassen der Bundesrepublik sind sie hoch verschuldet. Frauen putzen auch mal das Foyer, sagt Reichle. Meist gebe es mehr Arbeitswünsche, als man befriedigen könne. Grundsätzlich müssten die Häftlinge aber nicht arbeiten, nur die Zellen hätten sie selbst sauber zu halten.

Die tägliche Küche sei frisch und berücksichtige ethnische und religiöse Bedürfnisse der Insassen. So gebe es im islamischen Fastenmonat Ramadan erst abends Essen, und auch bestimmte Diätvorschriften könnten eingehalten werden. Einmal die Woche kom-



me ein Sporttrainer, eine Ärztesprechstunde gebe es auch. Ein »gut geführtes Haus«? Die Beklemmung, die sich im Besucher breit macht, scheint Frau Reichle so normal vorzukommen wie die Tatsache, dass jeder Schritt der Insassen vom Wachpersonal gesteuert ist und der Erlaubnis bedarf.



Foto: DWHN/Frey

Der Strukturierung des Tages diene auch der Kiosk, der Tabak, Kaffee, Telefonkarten und Hygieneartikel anbietet. Jedem Häftling stehe ein Hygienepaket zu, aber manche hätten eben besondere Ansprüche. Im Besucherzimmer können täglich Familienangehörige oder Freunde empfangen werden. Stofftiere und Kinderspielzeug lockern die Atmosphäre hinter den vergitterten Fenstern auf. Außerdem darf jeder Häftling täglich 15 Minuten lang telefonieren – auf dem Gang neben dem Wächterhäuschen. Mobiltelefone und Internet sind nicht erlaubt. Aber die Häftlinge können von draußen angerufen

werden. So unterscheidet sich das Abschiebegefängnis von der Justizvollzugsanstalt, es gilt als »weicher«. In dem überraschend bunten Sozialraum gibt es leihweise Bücher, DVDs und die dazugehörigen Geräte für 14 Tage gegen 10 Euro Pfand, eine Trommel und eine Gitarre. In einem Sakralraum dominiert christliche Symbolik, doch es gibt auch zwei Fotos aus Mekka und selbst gezeichnete Bilder eines Häftlings von Sri Guru Nanak Devji.

## Krank macht die Ungewissheit

Unterhaltungsprogramm und religiöse Unterstützung schaffen allerdings nur oberflächlich Erleichterung. Im Jahr 2010 haben sich bundesweit drei Abschiebehäftlinge das Leben genommen. Die Antirassistische Initiative in Berlin dokumentiert 59 Suizide für den Zeitraum von 1993 bis 2009. Die Zahl der versuchten Selbstverletzungen und Selbstmorde lag bei 510. Krank mache vor allem, dass die Menschen nicht wissen, wann sie wieder rauskommen, hat der Politologe Uli Sextro vom ökumenischen Beratungsprojekt beobachtet. »Menschen, die gesund reingekommen sind, sehen nach drei Monaten anders aus.« Jeden Tag bietet er in Ingelheim unabhängige Beratung an, jeden Mittwoch eine Rechtsberatung. »Es gibt einen Rechtshilfefonds und wir überlegen gemeinsam, was hier möglich ist und wie man im Herkunftsland vorgehen kann.« Die Betreuungsangebote von Diakonie, Caritas und Amnesty International sind im Rahmenplan der Anstalt verankert.



90 Prozent der Häftlinge werden abgeschoben, sagt Sigrid Reichle. Auch die übrigen zehn Prozent bekommen nicht unbedingt einen Aufenthalt, sondern werden oft nur verlegt. Sie fügt hinzu, dass die Rechtsberatung der Insassen oft schwierig sei, da die Anwälte kein Geld bekommen und es um die Erfolgsaussichten schlecht stehe. Doch laut Uli Sextro wird nach einer rechtlichen Intervention bundesweit ein Drittel der Häftlinge freigelassen.

Unzufrieden ist Sextro mit der neuen Rechtsbeschwerdeinstanz vor dem Bundesgerichtshof (BGH). Sie sieht vor, dass die Betroffenen allein durch BGH-Anwälte vertreten werden. Die Neue Richtervereinigung und einige Nichtregierungsorganisationen geben zu bedenken, dass das Abschiebungshaftrecht für BGH-Anwälte ein komplett neues Rechtsgebiet darstellt. Außerdem könnten sie ihre Mandanten aus Zeitgründen nicht besuchen und sie folglich nicht angemessen vertreten. Die Organisationen treten daher für eine Änderung der Zivilprozessordnung ein: Abschiebehäftlinge sollten ihre anwaltliche Vertretung vor dem BGH frei wählen können. Auch Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger wurde von der bundesweiten Initiative informiert, hat nach Angaben von Pro Asyl jedoch noch nicht darauf reagiert. Für Uli Sextro ist Ingelheim ein »Baustein der Abschreckungspolitik«. Abschiebung bedeute immer Gewalt und könne nicht human sein. Die Länge der Haft

und ihre Ausgestaltung müssten verändert werden. Zu oft geschehe es, dass Menschen in Abschiebehäft gesteckt werden, bevor versucht wurde, ihre Identität zu ermitteln. Könnten die Clearingstellen die Herkunft nicht klären, erläutert Sextro, werde die Haft einfach verlängert. »Doch wenn drei Monate nicht ausreichen, die nötigen Papiere zu bekommen, dürfen die Menschen eben nicht in Haft genommen werden.«

### **Einziges Verbrechen: »ausreisepflichtig«**

Statt des Hochsicherheitstraktes schlägt er eine Unterbringung in einer Art Wohnheim vor. »Da muss ein Zaun sein, das ist klar, aber keine Mauern und kein Stacheldraht. Vor allem sollten sich die Menschen in ihren Räumen frei bewegen können.« Außerdem möchte er, dass die Flüchtlinge noch in der Haft eine Perspektive für das Leben in ihrem Herkunftsland entwickeln können, und fordert eine Rückkehrberatung.

Die Ingelheimer Eindrücke lassen Katrin Werner lange nicht los. Ihr ist unverständlich, dass Menschen wie Schwerverbrecher behandelt werden, obwohl ihr einziges Vergehen darin besteht, »ausreisepflichtig« zu sein. »Ich werde mich weiterhin an Aktionen beteiligen, die die Schließung des Abschiebegefängnisses anstreben.« In ihrem Wahlkreis Trier ist von Mitte Januar bis Anfang Februar die Wanderausstellung »Bilder aus der Abschiebungshaft in Ingelheim« zu Gast.